

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages, Bezugspreis: Monatlich 4000 Mark, Einzelne Nummern 160 Mark. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 400 P., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 800 P., unter Eingangslo 1000 P. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Vollzüge, Stellungstafeln der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Landesfiskusrentenanstalt, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufstafeln von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 68

Mittwoch, 21. März

1923

Reichstag.

322. Sitzung vom 20. März.

Präsident Loebe teilt in einer Ansprache, die das Haus stehend anhört, mit, daß der als Geisels behaltene Abg. Lüssow wieder freigelassen worden ist. Im Sachhaus zu werden, in das Lüssow gebracht wurde, sind noch 244 Deutsche unter den unwürdigen, gesundheitsgefährlichen Zuständen untergebracht. Der Minister des Auswärtigen hat sofort einen energischen Protest an die französische Regierung gerichtet und die Freilassung der Gefangenen verlangt. Ferner hat das Auswärtige Amt den deutschen Geschäftsträger in Paris beauftragt, an die französische Regierung eine Anfrage wegen der Verhaftung des Abg. Bölllein zu richten. Die deutschen Abgeordneten würden solche Kränkungen und Mißhandlungen als eine Ware, aber nicht als eine Schandung betrachten. Zum Schluß gedachte der Präsident der vor zwei Jahren ratifizierten Abmachung in Oberschlesien und laudie den Deutschen in den abgetretenen Gebieten die Größe des Reichstages.

Die **Stahlfabrikanten**, der internationale Vertrag zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, Großbritannien, Italien und der Tschechoslowakei wurde in erster und zweiter Lesung, gegen die Stimmen der Rechten, die es nicht für angebracht hielt, einen Vertragsabluß mit Frankreich zu ratifizieren, angenommen. — Das Gesetz über die Erhöhung der Unterstützung für Sozialrentner wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen; ebenso das Gesetz über die Verlängerung der Wehrdauer von Wehrmachtsangehörigen bis zum 31. Oktober d. J. Es beginnt dann die zweite Beratung des Haushalts des Reichspostministeriums.

Abg. **Wittke** (Dem.) berichtet für den Ausschuss und teilt mit, daß die Postverwaltung einen Zuschuß von 1524 Millionen M. erfordert. Der Ausschuss halte diesen Zustand für eine Katastrophe und fordere dessen Beilegung.

Reichspostminister Stiglitz:

Mein Vorgänger, Herr Wiesner, hat sich im Verein mit einer Echar höchster Mitarbeiter, große Verdienste erworben. (Beifall.) Es bleibt aber noch sehr viel zu tun. Den Bestrebungen der Franzosen, die Verkehrsmittel des Ruhrgebietes in die Hand zu bekommen, ist unser Personal energisch entgegengetreten. (Beifall.) Inzwischen sind im Reich meiner Verwaltung bis zum 15. März 212 Personen verhaftet und 131 ausgewiesen worden. Daneben wurden viele Beamte von den Militärgerichten zu empfindlichen Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt. (Beifall.) Für den Bereich ihrer vaterländischen Gefinnung spreche ich allen Beamten meinen herzlichsten Dank aus. (Beifall.) Das Vorgehen der Franzosen und Belgier hat natürlich Verleumdungen hervorgerufen. Der Vaterlande nach dem Unrechtsin Gebiete mußte eingestiftet werden, neuerdings hat man sich sogar an Privatpaketen vergangen. (Hört, hört!) Auch der Auslandsverkehr wird betroffen. In meiner Verwaltung ist recht zurecht ein Höchstbetrag von 1204 Millionen Mark. Tarifveränderungen können nicht in demselben Maße vorgenommen werden, wie die Schulden wachsen. Der Verkehr ist bei einigen Zweigen bis zur Hälfte zurückgegangen. Der Minister weist auf die ergreifenden Sparmaßnahmen und die Vorarbeiten für eine Verbesserung des Verkehrs mit Amsterdam, Rotterdam und Südamerika hin.

Abg. **Zandberg** (Soz.): Die Sparpolitik darf nicht so weit gehen, daß eine Verwaltung die andere befristet. Vor einer Überspannung der Tarife muß gewarnt werden. Die Erhöhung der Postgebühren würde die Presse gefährden. Eine Abie Folge der Postverhöhung ist, daß viele Behörden ihre Sendungen unter Umgehung der Post abwickeln. Bei der Entlassung unehelicher Mütter sollte man sich mehr an die Einschließung vom vorigen Jahre halten. Sehr energisch mußte der Minister auch gegen die höheren Beamten einschreiten, die eine politische Agitation gegen die Sozialdemokratie und andere republikanische Parteien trieben.

Abg. **Altefort** (Zit.) erklärt, daß die Post zu viel Beamte hat, und daß durch das Abziehen überschüssigen Personals jährlich 316 Millionen erspart werden könnten. Den Beamten muß eine bessere Aufstiegsmöglichkeit gegeben werden.

Abg. **Wirth** (Dem.) beklagt sich darüber, daß ein Telegraphenarbeiter heute Postrat werden kann, und

Abg. **Worath** (D. Sp.) weist den Vorwurf zurück, daß gegen uneheliche Mütter besonders rigoros vorgegangen wird. — Mittwoch 2 Uhr: Weiterberatung. — Schluß 1/2 Uhr.

Im Haushaltsausschuß

vor Eintritt in die Tagesordnung, der Vorsitzende, Abgeordneter **Herrmann** (Soz.), der allgemeinen Enttäufung der Ausschussmitglieder über

Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten.

Dr. Zeigner gewählt.

Heute fand im Landtage die Wahl des neuen Ministerpräsidenten statt. Außer dem als krank entschuldigenden Abg. Herrmann sind alle Abgeordneten des Hauses anwesend. Am Regierungstische haben einige Regierungsvertreter Platz genommen. Die Tribünen sind überfüllt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wird in die Wahl eingetreten. Abg. Dr. **Rietzhammer** (Zit. Sp.) schlägt seinen Parteigenossen Rechtsanwalt Dr. **Kaiser-Dresden** zur Wahl zum Ministerpräsidenten vor. Abg. **Beutler** (D. Sp.) unterstützt namens seiner Partei diesen Vorschlag. Abg. **Wirth** (Soz.) schlägt den Abg. Dr. **Zeigner** (Soz.) als Ministerpräsidenten vor. (Lachen b. d. Tribüne.)

Namens der Demokratischen Fraktion gibt Abg. Dr. **Schjertz** folgende Erklärung ab:

Die Sozialdemokratie hat sich mit den Kommunisten geeinigt: (Zuruf rechts: Wie lange?) Das heißt, die Einsicht hat sich der Gewalt, die Herrschaft hat sich der Masse gebeugt, die S.P.D. hat sich der S.F.D. unterworfen. Das veröffentlichte Programm ist ein verkapptes kommunistisches Diktat. Durch dieses werden die Rechte und die Landesverwaltung nach Wort und Sinn aufs schärfste verletzt. (Zuruf b. d. Tribüne: Wo steht denn das?) Wir erheben dagegen Einspruch im Namen des Volkes unseres Landes, der steht auf dem Boden der Verfassung, des Reiches, des Landes, der S.P.D. gegen die S.F.D. (Lachen.) Sie scheinen das zu wissen. Wir bebauern, daß dem kommunistischen Ansturm der Zeit der S.P.D. erliegen ist, daß wir auch unsere Partei es fordert, eine Verhinderung der verfassungstreuen Republikaner erstrebt hat. Wir beklampen die getroffene Vereinbarung als eine innere Unwahrhaftigkeit, die darin liegt, daß unüberwindbare Gegensätze überhäuft und verflüchtigt werden. Noch einmal sei es in aller Öffentlichkeit bezeugt, daß es ein höchster Ernst gewesen ist mit unserem Bemühen einer Verhinderung und daß wir dieses Ziel nicht aus dem Auge verlieren werden. Mit den beiden Rechtsparteien wissen wir uns einig in der Meinung, daß der unglückselige Entschluß der S.P.D. dem Lande und Volke zum täglich wachsenden Verhängnis werden muß, wir wissen uns mit ihnen einig in der Pflicht, diesem Verhängnis entgegenzutreten. Wir glauben aber, dieser Pflicht am besten entgegen zu können, wenn wir uns, trotz unserer geringen Zahl, selbständig und unabhängig von anderen Parteien halten, auch bei der heutigen Wahl. (Lebhaftes Hört, hört! bei der Tribüne und Zit. Sp.)

Namens der Kommunistischen Fraktion gibt Abg. **Wittke** folgende Erklärung ab:

Die kommunistische Fraktion des sächsischen Landtages stimmt für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten **Dr. Zeigner**.

Die grundsätzliche Stellung der S.P.D. zum bürgerlichen Parlamentarismus bleibt durch die Abstimmung unberührt. (Lachen rechts.) Die S.P.D. ist sich mit dem revolutionären Proletariat einig, daß die Arbeiterklasse die politische Macht nicht auf dem Weg über den bürgerlichen Parlamentarismus, sondern nur

durch die Diktatur des Proletariats erobern kann. (Lachen rechts.)

In den politischen Vereinbarungen zwischen der S.P.D. und der S.F.D. über die Regierungsbildung erblickt die S.P.D. eine bedeutsame Niederlage der Koalitionspolitik. Der Widerstand der Arbeitermassen gegen jedes Faktieren mit der Bourgeoisie hat sich in der sozialdemokratischen Partei Sachsens durchgesetzt. Die Bildung der neuen sozialdemokratischen Ministerregierung hat unter der tätigen Mitarbeit und Kontrolle (Oho! und Lachen rechts) der arbeitenden Massen außerhalb des Parlaments stattgefunden. Dieser Umstand erleichtert der S.P.D. die Zustimmung zur Wahl des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. (Lachen rechts.) Die Mitarbeit der proletarischen Massen an den Grundrissen der neuen Regierung verpflichtet dieselbe, die erste Voraussetzung ist es Bestandes und Erfolges ohne Rücksicht auf das Bürgerium zu erfüllen: Unmittelbare Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse außerhalb des Parlaments. (Zuruf rechts.)

Der Kampf gegen die fortschreitende und täglich wachsende Offensiv des Kapitals, die Rückentwicklung des Sozialismus sowie der Kampf gegen Wucher und Teuerung verlangen gebieterischer denn je die Bildung der proletarischen Einheitsfront. Die sozialdemokratische Regierung muß sich auf diese Kampffront innerhalb des Proletariats stützen und vor der Bourgeoisie kapitulieren.

Die proletarische Einheitsfront muß im Kampfe gegen die besitzende Klasse in Sachsen einseitig geschlossen und durch die Auffassung eines proletarischen Programms für eine Arbeiterregierung durch einen Betriebsratskongress manifestiert werden. Die S.P.D., die immer an der Seite der unterdrückten Proletarier, als Tobjehnd der bürgerlichen Gesellschaft, den Kampf um die Lebenserhaltung der ausgebeuteten Massen der Arbeiter, Angehörigen und Beamten führt, wird auch in Sachsen zielbewußt und rücksichtslos für die Errichtung der Arbeiterregierung mitkämpfen. (Lachen rechts.)

Hierauf wird Abg. Dr. **Zeigner** mit 49 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 38 Stimmen erhielt Abg. Dr. **Kaiser**, 8 Stimmen Abg. Dr. **Schjertz**.

Ministerpräsident Dr. Zeigner:

Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, die Sie in Ihrer Weisheit mit das Vertrauen ausgesprochen haben. (Lachen und Zurufe rechts: Vertrauen? — Die Deutschnationalen beginnen den Saal zu verlassen. — Lebhaftes Zurufe bei den Kommunisten: Haush! Ich nehme die Wahl an. (Lebhaftes Lachen.) Das Programm der Regierung und ihre persönliche Zusammensetzung wurde ich in der Sitzung am 10. April mitteilen. (Lebhaftes Bravo bei den Kommunisten.)

Als der Präsident hierauf die Verteidigung des neuen Ministerpräsidenten vornehmen will, verlassen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei unter lebhaften Zurufen der Kom-

munen rund 1850 Lokomotiven, im Jahre 1922 etwa 1500 Lokomotiven ausgemustert. Sehr große Ersparnisse werden von der Anwendung der Dampfmaschinen im Lokomotivbetrieb erhofft. Die erste Turbinenlokomotive sollte im Laufe dieses Sommers fertiggestellt und erprobt werden, wenn ihre Fertigstellung nicht durch die Ruhrerzeugung verzögert werde. Auch in der Frage der **Diesellokomotiven** mit Verdrehmomentmotor werde tätig weitergearbeitet.

Die **Wahlungen der Lokomotiven** auf die technisch notwendigen und dringlichsten Verbesserungen des Eisenbahnbetriebs könnten noch gar nicht übersehen werden. Die Einzahlung der **Unterstützung** würde um ein bis zwei Monate dadurch künstlich verlängert werden. Auch der Bau von großen Güterwagen, die 50 Tonnen Ladegewicht la en, sei hinausgeschoben worden. Der **Reparaturstand** der Postkriegszeit habe sich weiter gebessert und betrug Anfang Januar bei Lokomotiven 32 Proz. gegen 19 bis 20 Proz. vor dem Kriege, bei Personen- und Gepäckwagen 12,3 Proz. gegen 12 bis 13 Proz. vor dem Kriege, bei Güterwagen 5,9 Proz. gegen 4 bis 6 Proz. vor dem Kriege. Die vor anderthalb Jahren auf rund 100 000 angewachsene Zahl der Ausbesserungen sei Anfang 1923 auf 35 800 Güterwagen zurückgegangen. In den Werkstätten des besetzten Gebiets wird nicht gearbeitet.

munten das Haus. Nach der Verteidigung wird die Sitzung geschlossen.

Der neue Ministerpräsident.

Der bisherige Justizminister Dr. **Erich Zeigner** steht im 38. Lebensjahre. Er hat an der Universität Leipzig Volkswirtschaft und Jurisprudenz studiert. Von 1908 ab war er Referendar in Jöhstadt, Jöhlich, Chemnitz und Leipzig. Im Jahre 1913 machte er sein Referendariat. Er war dann Assessor bei der Staatsanwaltschaft in Leipzig, später Staatsanwalt und dann Landgerichtsrat bis zum 31. Juli 1921. Justizminister war er vom 1. August 1921 bis 21. März 1923. Als Mitglied des Kabinetts gehörte er auch dem Reichsrat an. Landtagsabgeordneter ist er seit dem 5. November 1922.

Ministerpräsident **Bud** hat sich heute mittig 2 Uhr im Sitzungssaal des Arbeitsministeriums von den Beamten der Ministerien verabschiedet.

Ministerpräsident Wilhelm Bud,

der heute sein Amt in die Hände des Landtages zurücklegte, hat beinahe drei Jahre an der Spitze der sächsischen Regierung gestanden. Am 5. Mai 1920 wurde er zum Ministerpräsidenten gewählt, nachdem er vorher, im Auftrag des Rates der Stadt Dresden, das Ordium für Kriegserziehung eingerichtet, verankert und organisatorisch so aufgebaut hatte, daß es in vielen Städten des Reiches vorbildlich gewirkt hat. Sechs Tage nach Ausbruch der Novemberrevolution von 1918, am 15. November, war er zum Volksbeauftragten für das Kultusministerium ernannt worden. Als Kultusminister wurde er, am 4. Oktober 1919, von Dr. Schjertz abgelöst, nachdem die Koalition mit den Demokraten zustande gekommen war.

Wilhelm Bud, der heute im Alter von 53 Jahren steht, hat sich schon in der Jugend auf sozialem und sozialpolitischem Gebiete betätigt und erprobt. Er hatte, nach Beendigung der Volksschule, das Stufatuntenarbeitler erlernt, war Mitglied der Innung und späterhin Bestraunensmann der Stufatuntenarbeitler. Bald darauf wurde er in den Rechnungsprüfungsausschuß der Dresdener Ortskrankenkasse und in den Vorstand des Schiedsgerichts für Arbeiterverpflichtung gewählt. Auch im Vorstand des Vereins der Arbeitervertreter, der die gesamten sozialen Einrichtungen umfaßt, war er Schriftführer. 1905 wurde er 1. Geschäftsführer des Gewerkschaftsverbandes, dann, 1907, Dresdener Arbeitervertreter. Von 1907 bis 1913 war er Stadtvorordneter. 1909 kandidierte er im Stadtkreis Königbrunn-Ramens-Bauzen und 1912 für den 3. sächsischen Kreis Lausitz (nach dem Tode Rabens) für den Reichstag. 1913 wurde er in den Reichstag gewählt, wo er Mitglied des Steueraussschusses wurde. Seit 1917 ist er unbesoldeter Stadtrat von Dresden.

Im Steueraussschuß

lam es zu einer langen Erörterung über das Landesteuergesetz. Reichsfinanzminister Dr. **Germes** erklärte, nach Ablehnung der Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2,5 Proz. sei es der Regierung unmöglich, einer Erhöhung der Abwehungen aus der Umsatzsteuer an die Länder und Gemeinden zuzustimmen. Die **Gemeinden hätten aber ein dringendes Interesse**, jetzt, bei der Aufhebung des Krieges, über die Zuweisungen des Reiches im Klaren zu sein. So wie bisher könnten sie nicht weiterwirtschaften. Reichsrat und einzelne Städte hätten dringend gebeten, auf Beab. lichung des Landesteuergesetzes hinzuwirken. Ohne genügende Erhöhung der Umsatzsteuer müsse man sich mit provisorischen, aber unzulänglichen Mitteln weiterhelfen. Ein solcher Ratheheß könne die Gemeinden nicht beibringen. Ein Vertreter **Preußens** betonte die Notwendigkeit der Beab. lichung des Gesetzes im Interesse der Erhaltung des Reichs der Städte. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums wies auf die Gefährdung wirtschaftlicher Kulturländer hin sowie auf die Unmöglichkeit des Reiches, der Länder und der Gemeinden, ihre Staatsaufgaben, wenn dieses Gesetz nicht verabschiedet werde. Einem Antrag, die Beratung auszuschieben, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, wurde entsprochen.